

*Klaus-Jürgen Scherer*

## **Der 9. November als Kulminationspunkt demokratischer Geschichtspolitik**

Nun ist also wieder der geschichtsträchtige November. Der 9. wird gemeinhin, sogar von der Bundeszentrale für politische Bildung, als »deutscher Schicksalstag« missverstanden. Eigenartig, denn unter Schicksal verstehen wir eigentlich eine Art höherer Macht, die ohne direktes menschliches Zutun ins Leben eingreift. Bezogen auf den Lauf der Geschichte hieße dies, er wäre alternativlos.

Demgegenüber besteht der Bildungsauftrag von Geschichtspolitik gerade darin, historische Linien des Ringens um Demokratie und Gerechtigkeit zu vermitteln; dass nichts von selbst geschieht, dass politisches Engagement notwendig ist und sich für die junge Generation auch lohnt. Gerade am 9. November ging es immer wieder um zutiefst menschengemachte Siege und Niederlagen, um politische Ideologien und Aktionen, um den Kampf um – und gegen – Demokratie.

Kein Schicksalstag, aber wiederholt ein Tag historischer Weichenstellungen, ein Tag der politischen Entscheidung, an dem geschichtliche Prozesse kulminieren. Der 9. November umreißt in seiner Gesamtheit als Ensemble von Schwarz und Weiß, von Fortschritt und Rückschritt, von Versagen und Gelingen die deutsche Geschichte der letzten 150 Jahre und weist auf die in der Zukunft liegenden Aufgaben, Gefahren, auch Hoffnungen und Erwartungen hin.

Gemeint sind in erster Linie die Wendejahre 1848, 1918, 1938 und 1989. Allerdings fallen, wenn man einmal der Spur des Datums nachgeht, weitere Jahre, in denen es gerade an diesem Tag um Demokratie und deren Feinde ging, ins Auge: der misslungene Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 in München gegen die Republik und 1939 das missglückte Attentat auf Hitler durch Georg Elser im dortigen Bürgerbräu-

Keller; 1969 die nicht explodierte APO-Bombe im Jüdischen Gemeindehaus zu Berlin, ein Symbol antisemitischer Gewaltbereitschaft; 1974 der Hungerstreik-Tod des RAF-Mitglieds Holger Meins als Auftakt der »bleiernen Zeit«, der staatlichen Aufrüstung gegen linksextremistischen Terror.

Für das Scheitern der demokratischen Revolution von 1848/49 steht die standrechtliche Hinrichtung des Demokraten Robert Blum, republikanischer Parlamentsabgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, am 9. November 1848 nach dem Oktoberaufstand in Wien durch die Truppen der Gegenrevolution. Das war der Anfang vom Ende der sogenannten »Märzrevolution« in den Staaten des Deutschen Bundes, des ersten Versuches, Deutschland als Teil einer europäischen Modernisierung nach freiheitlichen und nationalen Leitvorstellungen auszurichten.

Auch in Berlin war dieser 9. November ein wichtiges Datum: Mit der Entscheidung Friedrich Wilhelms IV., die gewählte preußische Nationalversammlung in Berlin mit Gewalt zu schließen, General von Wrangel mit 40.000 Soldaten in Berlin einmarschieren und demokratische Aktivitäten verbieten zu lassen, wurde »der Funke der hoffnungsvoll begonnenen demokratischen und sozialen Erneuerungen aus der Kraft des sich emanzipierenden Bürgertums zertreten und die politische Handlungsrolle an die dynastischen Kräfte abgetreten« (Hans-Martin Sass).

So stehen die Ereignisse des 9. Novembers 1848 in Berlin und Wien für die »militärische Lösung«, die Zerschlagung der sich entwickelnden demokratischen, liberalen und sozialen Erneuerungshoffnungen. Karl Marx diagnostizierte aus dem Londoner Exil, dass die Dynastien »auf die

halbe Revolution mit einer ganzen Konterrevolution« antworteten.

Das bürgerliche Bewusstsein selbst wurde nun, auch in Abwehr der erstarken Arbeiterbewegung, vorwiegend nationalistisch-reaktionär. Fortan fielen die nationale und die demokratische Frage auseinander, das Deutsche Reich wurde 1871 unter reaktionärer preußischer Vorherrschaft geeint: Im Rückblick eine der Wurzeln des nationalistischen Irrwegs, der in die beiden Weltkriegskatastrophen des 20. Jahrhunderts mündete.

Der 9. November 1918 markiert die sogenannte »Novemberrevolution« in Berlin; weniger als gescheiterte »sozialistische Revolution«, was eher dem Gründungsmythos der KPD entspricht, vielmehr als – allerdings bald verspielter – Moment des sozialdemokratischen Führungsanspruchs in der jungen Demokratie.

### *Erste deutsche Republik*

Im Herbst 1918 wurde angesichts der bereits feststehenden Kriegsniederlage der Ruf nach Frieden und Abdankung des Kaisers lauter. Betriebe wurden bestreikt, in vielen Städten bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte. Am 9. November erfasste die Revolution auch Berlin, wo Reichskanzler Prinz Maximilian von Baden aus Sorge vor einem radikalen Umsturz eigenmächtig die Abdankung des Kaisers bekannt gab.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Philipp Scheidemann rief daraufhin vom Balkon des Reichstags die erste deutsche Republik aus und besiegelte damit das Ende der Hohenzollernherrschaft. Doch es fehlte an Rückhalt in der Bevölkerung, an Geschlossenheit und Unterstützung durch die exekutive Gewalt. Massenarbeitslosigkeit, Kriegsschäden und Reparationsforderungen beförderten, wie auch anderswo in Europa, einen antidemokratischen Nationalismus.

An demselben 9. November, jedoch einige Stunden später, proklamierte Karl

Liebknecht, einer der Anführer des linksrevolutionären Spartakusbundes, vom Berliner Stadtschloss aus eine sozialistische Republik. In den nachfolgenden, teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern des Rätessystems und denen der pluralistisch-parlamentarischen Demokratie unterlagen erstere. Liebknecht selbst wurde bekanntlich mit Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 ermordet.

Willy Brandt urteilte: »Für die SPD blieb die November-Revolution ein Lehrstück über verfehlte Macht und über Voraussetzungen, derer es bedarf, um Macht auszuüben.« Er kritisierte, dass sich die SPD zu lange in ihrer prinzipiellen Oppositionsrolle, der Festigung der Partei und dem Ausbau der eigenen Arbeiterkultur eingerichtet hatte.

Hinzu sei der Fehler der MSPD gekommen, die zu Recht für die parlamentarische Demokratie gekämpft habe, sich mit den reaktionären Militärs zu verbünden. »Die Furcht vor dem Chaos im Allgemeinen, vor den von außen kommenden Bedrohungen im Besonderen, führte dazu, beim Bündnis mit dem kaiserlichen Offizierskorps Zuflucht zu suchen. Justiz und Beamtenschaft, die es an vorübergehender Anpassung nicht fehlen ließen, blieben im Wesentlichen unangetastet. Zu Eingriffen gegen den parlamentarischen Missbrauch wirtschaftlicher Macht konnte man sich ohnehin nicht entschließen. So blieb zwar nicht alles, aber allzu viel beim Alten«.

Doch dieser Skepsis Willy Brandts steht gegenüber, was Helga Grebing und Siegfried Heimann jüngst in ihrem Reiseführer zur Arbeiterbewegung in Berlin hervorhoben: »Zu den Erfolgen der Revolution gehören die Überwindung der Monarchie, die Verabschiedung einer parlamentarisch-demokratischen Verfassung, die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts – auch für Frauen –, die Einführung des Achtstundentages, die Stärkung der

Gewerkschaften und der Ausbau des Sozialstaates«.

Zusammengefasst steht der 9. November 1918 für drei Weichenstellungen: Erstens, dass im August 1919 die Weimarer Republik, das erste demokratisch strukturierte Staatswesen in Deutschland konstituiert werden konnte. Besonders am Grundrechtsteil der Verfassung, deren sozialstaatlicher Ausfüllung bis hin zur Arbeitslosenversicherung und zum Betriebsratsgesetz, konnte nach 1945 angeknüpft werden. Zweitens, dass der Neubeginn von Anfang an – von sogenannten »Bürger-räten« über paramilitärische Freicorps bis zur alten kaiserlichen Militärführung – undemokratisch bis hin zu zahlreichen Morden belastet war und bereits, von der »Dolchstoßlegende« bis zu den »Novemberverbrechern«, zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus gehört. Und drittens, dass nach den verlorenen Straßenkämpfen die Sowjetorientierung des Spartakusbundes und der neuen KPD an Fahrt gewann. Auch auf die gespaltene Arbeiterbewegung konnte sich die schwache Weimarer Demokratie nicht verlassen (»Republik, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel«).

Der 9. November 1938 steht für den deutschen Zivilisationsbruch. Er markiert den von den Nazis inszenierten Übergang von sozialer Ausgrenzung hin zur direkten Verfolgung und Ermordung der Juden, zynisch »Reichskristallnacht« genannt.

Am 7. November feuerte der 17-jährige polnische Jude Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris zwei Kugeln auf den Botschaftssekretär Ernst vom Rath. Der Schütze wollte mit seiner Tat auf die Deportationen polnischer Juden im Oktober 1938 aufmerksam machen, unter denen auch seine eigenen Eltern waren.

Schon am Tag nach dem Attentat eiferte sich der *Völkische Beobachter* darüber, dass in Deutschland »Hunderttausende

von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen«. Am Abend des 9. November wurde der Tod des deutschen Diplomaten bekanntgegeben. Joseph Goebbels sagte, Ausschreitungen gegen Juden sei, »soweit sie spontan entstünden, auch nicht entgegenzutreten«.

In der Folge kam es noch in derselben Nacht an hunderten Orten zu gewalttätigen Übergriffen gegen Juden, fanden als sog. »Novemberpogrome« mit weit über 100 Toten wochenlang statt. Über 30.000 jüdische Männer wurden verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Die materielle Bilanz der Gewalt waren 1.200 niedergebrannte Synagogen und Gebetshäuser und 7.500 zerstörte Geschäfte. Die Zahl der Suizide jüdischer Bürger nahm stark zu.

Der Terror der Pogromnacht wurde fortgesetzt durch Verordnungen, die den Juden u.a. auferlegten, eine »Sühneleistung« in Höhe von einer Milliarde Mark an das Deutsche Reich zu zahlen. Außerdem wurde die »Arisierung« aller jüdischen Unternehmen und Betriebe angeordnet.

Nach dem Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933 und nach den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 brachen jetzt mit den Gewaltexzessen im November 1938, obwohl auch davor schon Synagogen in Brand gesetzt worden waren, alle Dämme auf dem Weg in den Holocaust.

Wie konnten aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden? So lautet die zentrale Frage. Harald Welzer analysierte die schrittweise Erweiterung des sozialpsychologischen Referenzrahmens der Judenverfolgung. Schließlich waren systematische Morde nicht mehr Straftaten, sondern erlaubt und erwünscht. 1933 war Auschwitz noch nicht möglich gewesen, nach dem 9. November 1938 aber schon.

Wenn die ideologische Verblendung, die weltanschauliche Ausrichtung und die Umwertung aller Werte dominiert, verkehren sich Moral und Schuld subjektiv ins

## Zivilisations- bruch

Gegenteil. Eine Diagnose, die darauf verweist, dass um demokratisches Bewusstsein immer wieder neu gerungen werden muss.

Schließlich ist der 9. November 1989, der Fall der Berliner Mauer, der Erfolg der friedlichen Revolution, das Ende der europäischen Spaltung und Nachkriegszeit, noch im kollektiven Gedächtnis. Das Politbüromitglied Günter Schabowski verkündete kurz nach 19.30 Uhr eine sofortige Neuregelung der Ausreise, die darauf hinauslief, dass man an den Grenzübergangsstellen in den Westen gelangen könne. Dass es dazu kam, war auch eine Verkettung von Zufällen, Glücksfällen und Missverständnissen. Sofort sammelten sich die Menschen; es wurde nicht geschossen, sondern die Mauer wurde gewaltfrei überannt.

Dass der Europa teilende »Eiserne Vorhang« fiel, war bis zuletzt undenkbar gewesen: trotz Staatsbankrott, mutigen Bürgerbewegten, einer mental längst überlaufenen Bevölkerungsmehrheit, dem kulturellen Wandel seit 68, einer erstarrten Partei- und Staatsführung; trotz sozialdemokratischer Ost- und Entspannungspolitik, die die Mauer durchlässiger machte, das Leid minderte, die Kulturation in der Zweistaatlichkeit festigte, die Konfrontation abbaute und die Gefahr eines Stellvertreter-Atomkrieges in Europa eindämmte.

Erst durch Glasnost und Perestroika, durch Offenheit und Umbau in der Sowjetunion waren die revolutionären Umbrüche in Osteuropa möglich geworden. In der DDR beschleunigte sich nach dem Mauerfall am 9. November der Zug Richtung Einheit. Die von Intellektuellen der Bürgerbewegung und Reform-SEDlern bevorzugte Vision eines Dritten Weges, einer demokratisch-sozialistischen DDR, hatte keine Chance. Der Währungs- und Devisenumsatz »eins zu eins« und der schnelle »Beitritt« folgten – aber auch Abwicklung, Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Kolonialisierungsvorwürfe, mentale Ossi-Wessi-Spaltung, entvölkerte Regionen. So dauerte es eine lange Zeit, bis der Aufbau Ost begann wenigstens regional Früchte zu tragen.

Doch der deutsche Mauerfall steht nicht nur für das Ende der Spaltung Europas, sondern verweist auf eine zentrale politische Alternative, um die es – eine besondere Pointe der Geschichte – auch in früheren geschichtsträchtigen Jahren am 9. November bereits ging: Wollen wir ein deutsches Europa oder ein europäisches Deutschland? – Die hier skizzierten Facetten des demokratischen Ringens am 9. November zeigen: ohne Erinnerungskultur kein demokratischer Kompass. Und zu einer der Verantwortung gerecht werdenden Geschichtspolitik braucht es beides: historisches Wissen und begriffliche Sensibilität.



#### **Klaus-Jürgen Scherer**

(\*1956) ist Politikwissenschaftler, Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie und Redakteur der *NG/FH* in Berlin.

[klaus-juergen.scherer@fes.de](mailto:klaus-juergen.scherer@fes.de)